

In der vergangenen Woche hat das Statistische Bundesamt (Destatis) eine Pressemitteilung zur Entwicklung der Armutsgefährdungsquote [veröffentlicht](#). Demnach waren im Jahr 2010 insgesamt 15,8 Prozent der Bevölkerung Deutschlands armutsgefährdet, also rund 12,8 Millionen Menschen. Für eine Person galt dies dann, wenn sie weniger als 11.426 Euro im Jahr beziehungsweise 952 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Das Nachrichtenmagazin „Der SPIEGEL“ hat diese Meldung in seiner jüngsten Ausgabe aufgegriffen und gleich in der Überschrift verraten, was es von der ganzen Sache hält. **Ein Gastartikel von Thomas Trares [\*]**

Im Artikel [„Bedürftige Villenbewohner - Armut: Über den Unsinn gewisser Erhebungen“](#), vermittelt der SPIEGEL dann den Eindruck, dass es sich bei der Armutsgefährdungsquote um einen gänzlich unbrauchbaren, irrelevanten Indikator handelt. Als Kronzeuge dient dabei der Dortmunder Statistikprofessor Walter Krämer, der diese Art der Armutsmessung sogar zur „Unstatistik des Monats“ [gekürt hat](#). Dies ist überraschend. Denn der Indikator liefert eigentlich ein recht plausibles Ergebnis. Mit 952 Euro im Monat kann man heutzutage keine großen Sprünge machen. Weshalb der SPIEGEL dennoch derart vehement diesen Indikator kritisiert, wirft einige Fragen auf:

So muss man etwa daran zweifeln, dass die zuständigen Redakteure die Pressemitteilung von Destatis überhaupt verstanden haben. In dem Text unterstellt der SPIEGEL nämlich, dass das Durchschnittseinkommen für die Ermittlung des Armutsgefährdung verantwortlich ist. Es wird dabei sogar der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt zitiert: „Laut Statistik haben ein Millionär und ein armer Schlucker jeder durchschnittlich eine halbe Million“, soll dieser einmal gesagt haben.

Dieses Zitat ist hier allerdings völlig fehl am Platze, denn die Armutsgefährdungsquote wird auf Basis des mittleren Einkommens (Median) berechnet. In der Presseerklärung von Destatis heißt es dazu: „Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60 Prozent dieses Medianwertes stellen den Schwellenwert für Armutsgefährdung dar.“

Ob man nun das Durchschnitts- oder das Medianeinkommen verwendet, ist ein gravierender Unterschied. Dazu ein Beispiel: Angenommen in einem Raum befinden sich die drei Personen A, B und C. A hat ein Einkommen von 5.000 Euro, B von 10.000 und C von 15.000. Sowohl Durchschnitts- als auch Medianeinkommen liegen in diesem Fall bei 10.000 Euro. Armutsgefährdet wäre in diesem Fall Person A, da sie weniger als 60 Prozent des

Medianeinkommens besitzt.

Nun betreten zwei weitere Personen den Raum. Person D hat ebenfalls ein Einkommen von 10.000 Euro, Person E ist der Mensch mit dem höchsten Einkommen der Welt, sagen wir, es ist Bill Gates. In diesem Fall wird das Durchschnittseinkommen explodieren, das Medianeinkommen beträgt dagegen weiter 10.000 Euro. Auf Basis des Durchschnittseinkommens wären nun alle Personen außer Bill Gates armutsgefährdet, auf Basis des Medianeinkommens aber nach wie vor nur Person A. Argumentiert man nun – wie der SPIEGEL- auf Basis des Durchschnittseinkommens, so ist man in punkto Armutsmessung auf dem Holzweg.

Darüber hinaus ist dem SPIEGEL offenbar auch nicht klar, was die Armutsgefährdungsquote überhaupt leisten soll. So kritisiert das Blatt, dass die Quote „wenig über die Lebensverhältnisse oder Geldsorgen der Bevölkerung aussage, schon gar nichts über Hunger und Obdachlosigkeit“. Dieser Vorwurf ist ebenfalls hanebüchen. Mal abgesehen davon, dass man Geldsorgen bei jedem Einkommen haben kann, will man mit der Armutsgefährdungsquote gar nicht das Ausmaß von Hunger und Obdachlosigkeit messen. Nahrung, Obdach, Kleidung fallen nämlich unter den absoluten Armutsbegriff. Dieser definiert Armut als einen Mangel an lebenswichtigen Gütern. Da man aber davon ausgeht, dass absolute Armut in den Industriestaaten kaum vorkommt, arbeitet man mit dem relativen Armutsbegriff. Dieser vergleicht den Menschen mit seinem jeweiligen sozialen oder auch staatlichen Umfeld. Als relativ arm gilt ein Mensch etwa dann, wenn er infolge finanzieller Not an soziokulturellen Aktivitäten wie Kinobesuchen oder Klassenfahrten nicht teilhaben kann. Auch der Armutsgefährdungsquote liegt ein solch relativer Armutsbegriff zugrunde.

Um seiner Sicht auf die Dinge weiteren Nachdruck zu verleihen, schreckt der SPIEGEL selbst vor Beispielen aus Absurdistan nicht zurück. So schreibt er, dass „in einem Land, in dem alle Menschen Millionäre oder Milliardäre wären, ein paar Superreiche wohl notgedrungen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müssten. So würden Menschen als ‘armutsgefährdet’ gelten, die zum Beispiel in Villen lebten und Ferrari führen“. Es ist sicher richtig, dass es wenig sinnvoll ist, für wohlhabende Orte wie Kampen auf Sylt, Kronberg im Taunus oder die Gegend rund um den Starnberger See eigene Armutsgefährdungsquoten zu ermitteln. Was aber dagegen sprechen soll, einen solchen Indikator für ganz Deutschland zu ermitteln, kann auch dieses Beispiel nicht erklären.

Darüber hinaus kritisiert der SPIEGEL, dass der Vergleich von armen mit vergleichsweise reichen deutschen Großstädten nicht möglich sei: „So hatte zum Beispiel Stuttgart im Jahr

2011 für sich betrachtet die höchste Armutsgefährdungsquote, 20,8 Prozent nämlich. Berlin dagegen, wo jeder fünfte Bewohner von Hartz IV lebt, kam auf 15,5 Prozent.“ Dieses Beispiel ist ebenfalls irreführend. Es ist zwar richtig, dass der Vergleich zwischen armen und reichen Ländern, beispielsweise zwischen Deutschland und Bangladesch, wenig sinnvoll ist. Stuttgart und Berlin kann man aber sehr wohl miteinander vergleichen, nämlich dann wenn man die Armutsgefährdungsquote für Deutschland zugrunde legt und nicht jeweils eigene Quoten für Berlin und Stuttgart ausrechnet. Denn dann kommt man sehr wohl zu dem Ergebnis, dass in Berlin mehr von Armut gefährdete Menschen wohnen als in Stuttgart.

Stellt sich am Ende noch die Frage, warum der SPIEGEL ausgerechnet die Methoden der Armutsmessung ins Visier genommen hat. Schließlich könnte man über nahezu jeden Indikator einen kritischen Artikel schreiben, da fast alle einen mehr oder weniger begrenzte Aussagekraft haben. Warum ruft man also nicht einmal die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts zur „Unstatistik des Monats“ aus? Hier könnte man zum Beispiel erwähnen, dass die Beseitigung eines Unfallschadens wohlfahrtserhöhend wirkt; Hausfrauen- oder Do-it-yourself-Tätigkeiten hingegen nicht. Auch die Vermögensstatistiken ließen sich vortrefflich kritisieren, da dort Durchschnitt und Median meist weit auseinanderliegen. Warum also ausgerechnet die Armutsgefährdungsquote?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt es sich einmal, einen Blick auf die „Unstatistiken des Monats“ von Professor Krämer [zu werfen](#), auf die sich der SPIEGEL bezieht. Dort findet man dann schnell heraus, dass Krämer es offenbar auf die Armutsberichterstattung abgesehen hat. Zielscheibe der ersten „Unstatistik des Monats“, die im Januar 2012 veröffentlicht wurde, war nämlich der Armutsbericht 2011 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Dass Krämer laut Wikipedia auch [FDP-Mitglied ist](#) und in jüngerer Vergangenheit schon mehrfach durch fragwürdige wirtschaftsliberale Äußerungen [aufgefallen](#) ist, sei hier nur am Rande erwähnt.

Noch kurioser ist allerdings, dass selbst der Statistikprofessor dem Irrtum aufgesessen ist, dass die Armutsgefährdungsquote sich an den Durchschnittseinkommen orientiert. Nachzulesen ist dies in seiner Pressemitteilung vom 23.10. Dort schreibt Krämer: „Als ‘armutsgefährdet’ gilt, wer jährlich netto weniger als 11.426 Euro zur Verfügung hat. Der Hauptkritikpunkt ist die Berechnung dieser Armutsgrenze. Dazu nimmt man europaweit 60 % des **Durchschnittseinkommens**.“ Woher Krämer diese Information hat, war bislang nicht aufzuklären. Jedenfalls taugen seine nachfolgenden Ausführungen angesichts dessen bestenfalls noch als Stoff für eine intellektuelle Komödie. Lustig wäre sie aber bestimmt!

Nachtrag: In der laufende Woche hat sich das ganze Schauspiel noch einmal wiederholt.

Destatis hat einen erweiterten Armutsindikator veröffentlicht, auf den diesmal „SPIEGEL Online“ mit einem ähnlichen Bericht [reagiert hat](#). Auch dort hat der SPIEGEL zunächst auf Basis des Durchschnittseinkommens argumentiert. Irgendwann muss der Fauxpas aber aufgefliegen sein, so dass man schnell eine Korrektur hinterhergeschoben hat. Die Sache macht das aber grundsätzlich nicht besser.

---

[<<\*] Thomas Trares hat in Mainz Volkswirtschaftslehre studiert und ist Wirtschaftsjournalist



### Teilen mit:

- [E-Mail](#)